

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 077-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.284

Eingereicht am: 15.03.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Graber (La Neuveville, SVP) (Sprecher/in)
Schnegg (Champoz, SVP)
Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Investitionen in Bildungseinrichtungen zum Schutz der Schweizer Wirtschaft

Schweizer Industrieunternehmen, die Investitionsgüter herstellen (Maschinen, Geräte, Produktionsanlagen), sind weltweit für die Qualität ihrer Produkte sowie für ihre Innovationsfähigkeit bekannt.

Leider muss heute festgestellt werden, dass die meisten Ausbildungszentren (Berufsschulen, Lehrwerkstätten, Fachhochschulen, Universitäten) aus finanziellen Gründen immer mehr dazu neigen, Investitionsgüter von ausländischen Lieferanten zu kaufen. In diesem Zusammenhang muss aber gesagt werden, dass die Globalbudgets dieser Schulen nicht gesenkt worden sind.

Diese Situation hat zur Folge, dass immer mehr Berufsleute auf den Arbeitsmarkt kommen, die sich nicht mit Produkten vertraut machen konnten, die in der Schweiz entwickelt und hergestellt wurden.

Schweizer Unternehmen sind heute gezwungen, diesen Bildungseinrichtungen bestimmte Maschinen und Geräte kostenlos zur Verfügung zu stellen, wenn sie nicht wollen, dass sie vom Radar der künftigen Arbeitskräfte, die in der Schweiz ausgebildet werden, verschwinden. Für die Unternehmen geht es dabei oft um Investitionen im sechs- bis siebenstelligen Bereich.

Angesichts der für diese Unternehmen besonders schwierigen wirtschaftlichen Situation (starker Franken usw.) wird es ihnen leider nicht mehr möglich sein, den Bildungseinrichtungen ihre Pro-

dukte zur Verfügung zu stellen, was sich sehr negativ auf die Ausbildung der Nachwuchskräfte auswirken wird.

Zu erwähnen ist zudem, dass die Finanzierung dieser Einrichtungen hauptsächlich über die Steuern erfolgt. Alle Steuerpflichtigen, sowohl die natürlichen als auch die juristischen Personen, können von der Wettbewerbsfähigkeit und von der wirtschaftlichen Gesundheit unserer Unternehmen nur profitieren.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Ist diese Situation den Behörden bekannt?
2. Wie lässt sich eine Inländerbevorzugung umsetzen, um die Interessen der Schweizer Industrie zu wahren, wenn man weiss, dass die Länder (Europa, Asien, USA), in denen die wichtigsten Konkurrenten der Schweizer Industriellen angesiedelt sind, nicht zögern, ihre Industriewirtschaft massiv zu unterstützen?
3. Wäre es denkbar, das Investitionsbudget dieser Bildungseinrichtungen zu erhöhen, wenn sie sich zum Kauf von Produkten verpflichten, die in der Schweiz hergestellt werden?
4. Die Budgets, die den Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehen, wurden anscheinend nicht nach unten angepasst. Wie lässt sich dann erklären, dass das Budgetargument regelmässig angeführt wird, um zu rechtfertigen, dass Investitionsgüter bei ausländischen Lieferanten gekauft werden? Hängt dies vor allem mit der besseren Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen seit der bereits 2007 eingesetzten Schwächung des Euro zusammen?
5. Der Kanton wird in den kommenden Jahren grosse Investitionen im Bereich der Bildung und insbesondere im Rahmen des Bieler Campus tätigen müssen. Was gedenkt der Kanton zu tun, um inländische Unternehmen zu begünstigen und es den künftigen Berufsleuten zu ermöglichen, sich mit den in unserem Land produzierten Produkten vertraut zu machen?
6. Gibt es bereits Budgetprognosen in Bezug auf die Investitionen (Maschinen, Anlagen, Geräte, Produktionsmittel usw.), die im Rahmen dieses Grossprojekts getätigt werden? Wenn ja: Können sie kommuniziert werden?
7. Ist der Kanton bereit, auf Bundesebene zu intervenieren, um die Schweizer Industrie im Rahmen der für die eidgenössischen technischen Hochschulen bewilligten Investitionen zu unterstützen?
8. Ist es möglich, zu den vom Kanton abhängigen Bildungseinrichtungen Angaben über die Entwicklung der vergangenen zehn Jahre zu machen, und zwar in Bezug auf:
 - a. die Personalkosten (in % und Franken)
 - b. die Verwaltungskosten (in % und Franken)
 - c. andere allgemeine Kosten (in % und Franken)
 - d. Investitionen für Maschinen, Anlagen, Geräte, Produktionsmittel (in % und Franken)?